

Erklärung der Besetzerinnen und Besetzer des Stasi-Archivs

Die letzten Tage der DDR erleben wir im Seitentrakt des Zentralarchivs der Staatssicherheit in Berlin, wo wir seit dem 4. September einige Räume besetzt halten. Seit wenigen Tagen befinden wir uns in einem Hungerstreik, den wir antraten, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Es geht, das ist bekannt, um den zukünftigen Umgang mit den Stasi-Akten. Es geht uns um die historische Aufarbeitung einer dunklen Vergangenheit; es geht um die Rolle ehemaliger MfS-Mitarbeiter im zukünftigen Deutschland. Und es geht um die Rehabilitierung der Stasi-Opfer.

Am 20.9.1990 fand die letzte Lesung des Einigungsvertrages in der Volkskammer statt. Es läge in der Logik unseres Anliegens, daß damit unsere Aktion beendet wird, denn Einfluß auf Entscheidungen in diesem stasiverseuchten Parlament können wir nun nicht mehr nehmen.

Wir sind keine todessüchtigen Fanatiker und haben uns überlegt, wann und unter welchen Bedingungen wir diese Aktion beenden. Wenn wir nun Erfolg und Mißerfolg ohne alles Wunschdenken betrachten, müssen wir feststellen, daß wir halb gewonnen und halb verloren haben:

1. Die Regierung de Maiziere wurde gezwungen, das Paket des Einigungsvertrages noch einmal aufzuschnüren und in Verhandlungen mit der westlichen Seite eine neue Regelung für die Stasi-Akten zu suchen. Das ist ein Erfolg. Dabei wurde festgelegt, daß die 6 Millionen Stasi-Akten nun doch nicht nach Koblenz geraten. Die Akten bleiben, wo sie sind - wie wir es verlangt haben.

2. Es wurde auch festgelegt, daß ein Sonderbeauftragter der (Noch-)DDR - mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet - den zukünftigen Umgang mit den Stasi-Akten regelt und daß er dabei unterstützt wird von entsprechenden Vertretern der 5 ostdeutschen Länder. Fachkundige Mitglieder unserer Gruppe sind bereit, an der Ausarbeitung der vorgesehenen Benutzerordnung mitzuarbeiten.

3. Völlig unbefriedigend ist für uns die Festlegung, daß die Opfer des Stasi-Terrors kaum Möglichkeiten haben werden, an ihre Akte heranzukommen. Wir sind der Meinung, daß jedes Opfer des Regimes das Recht haben sollte, sein Personendossier in die Hand zu bekommen, es zu vernichten oder auch nicht. Darüber hinaus vermischen wir eine Festlegung über den differenzierten Umgang mit den drei grundverschiedenen Arten von Akten.

4. Alle Stasi-Akten wurden mit kriminellen Mitteln und zu kriminellen Zwecken hergestellt. Wenn von nun an das Bundesamt für Verfassungsschutz Zugriff zu solchen Akten haben soll, ist das in unseren Augen selbst verfassungsfreundlich. Insbesondere die Personenakten über bespitzelte Opfer enthalten privateste Informationen, die über keinen Bürger eines freien Landes gesammelt und mißbraucht werden dürfen.

5. Wir hatten gefordert, daß die Volkskammer endlich offen über das Problem spricht, daß etliche Abgeordnete eine Stasi-Vergangenheit haben. Wir freuen uns, daß wenigstens ein Abgeordneter, ermutigt durch Gespräche mit uns, die Kraft gefunden hat, sich öffentlich zu seinen Stasi-Verbindungen zu bekennen.

6. Uns selbst ermutigt, daß die Aktion in der Normannenstraße von vielen Menschen unterstützt wurde. Über 50 000 Menschen haben sich schriftlich solidarisiert. In vielen Städten der DDR wurden Mahnwachen eingerichtet. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in Gruppen oder einzeln dem Hungerstreik angeschlossen. Auf diese Weise wurde ein Zeichen außerparlamentarischer Demokratie gesetzt.

Am 28. September soll vor der Volkskammer Rechenschaft abgelegt werden über den Stand der Auflösung des MfS. Da die Bilanz mehr als nur traurig ausfallen wird, haben wir beschlossen, den Hungerstreik und die Besetzung erst an diesem Tag zu beenden.

Wir hatten verlangt, daß den 80 ehemaligen Stasi-Mitarbeitern der Zugang zum Archiv verboten wird. Es sind noch zwei Wochen Zeit. Wenn unserer Forderung nun entsprochen werden sollte, kennen wir geeignete Menschen genug, die dieser verantwortungsvollen Arbeit gewachsen sind.

Wir wollen außerdem daraufhin wirken, daß ein Hilfsfond oder eine Stiftung zur Unterstützung der Opfer des Stalinismus in der DDR ins Leben gerufen wird. Egal, ob sie eingesperrt wurden oder "nur" Opfer von Berufsverboten und Lernverboten wurden. Die Betroffenen sollen im geeinigten Deutschland die Möglichkeit haben, ihr Recht auch praktisch durchzusetzen. Dazu brauchen sie vor allem Rechtsanwälte, die sie beraten und vor Gericht vertreten. Die Mittel dafür sollten aus dem riesigen Diebesgut kommen, das die Blockparteien und die SED in 40 Jahren angehäuft haben.

Wir wissen, daß wir keine Macht haben, dies durchzusetzen. Aber wir haben die friedliche Macht einer Moral, die immerhin die Allmacht des alten Regimes überwunden hat.

Ihr lieben Hungerkünstler, Mahnwächter, Besetzer, Frauenmännerkinder, macht selbst was los! Am 28. fliegt über Mielkes Castle eine bunte Kuh. Musik, Lieder, Tanzerei und ... endlich was zu essen. Und ihr lieben Spitzel vom Verfassungsschutz: kommt doch!

Eure Besetzerinnen und Besetzer in der Normannenstraße

PS: Beim nächsten Mal lösen wir besser auf!

Berlin (DDR) am 20.9.1990

Robert Havemann Gesellschaft e.V.